Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4124

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
III/4 — 806 06 — 5174/69

Bonn, den 23. April 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der Text des Abkommens und des Schlußprotokolls in deutscher und serbo-kroatischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Abkommen liegen diesem Schreiben bei.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 337. Sitzung am 18. April 1969 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Belgrad am 12. Oktober 1968 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens für einen Träger der gesetzlichen Krankenversicherung außergewöhnliche finanzielle Belastungen, so können diese ausgeglichen werden. Hierüber entscheidet auf Antrag des Trägers der Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle im Einvernehmen mit den übrigen Spitzenverbänden der Träger der Krankenversicherung. Die für den Ausgleich erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf alle Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des dem Jahr der Umlage vorangegangenen Kalenderjahres aufgebracht.

Artikel 3

Die in Artikel 29 des Abkommens genannten deutschen Stellen können zur Vorbereitung ihrer im Einzelfall zu treffenden Entscheidung die Stellungnahme des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung als deutsche zuständige Behörde im Sinne von Artikel 1 Nr. 4 des Abkommens einholen, wenn Zweifel über die Anwendung und Auslegung des Abkommens bestehen.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 42 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Auf Grund der Vorschrift können außergewöhnliche finanzielle Belastungen ausgeglichen werden, die durch das Abkommen entstehen können. Die Entscheidung der Verbindungsstelle kann gegebenenfalls von den zuständigen Gerichten überprüft werden.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift soll darauf hinwirken, daß das Abkommen einheitlich ausgelegt und angewandt wird. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Stellungnahme nicht bindend ist.

Zu Artikel 4

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 42 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes in bezug auf die Sozialversicherung nur mittelbar mit Kosten belastet. Die von diesen Stellen für die Durchführung der Eigenunfallversicherung aufzubringenden Beträge sowie die Beträge, die der Bund an die Sozialversicherungsträger zu erstatten hat, sind nicht nennenswert.

Für die Kindergeldzahlung an Arbeitnehmer, deren Kinder in Jugoslawien wohnen, werden die dem Bund entstehenden Kosten bei einer angenommenen durchschnittlichen Beschäftigung von etwa 160 000 bis 170 000 jugoslawischen Arbeitnehmern auf etwa 30 Millionen DM im Kalenderjahr geschätzt.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit

Sporazum izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o socijalnom obezbedjenju

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK JUGOSLAWIEN

IN DEM WUNSCHE, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln, sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Gebiet"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien deren Hoheitsgebiet;
2. „Staatsangehöriger"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien deren Staatsbürger;
3. „Rechtsvorschriften"
   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
4. „zuständige Behörde"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
   in bezug auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien den Bundesrat für Arbeit;
5. „Träger"
   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;
6. „zuständiger Träger"
   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

SAVEZNA REPUBLIKA NEMAČKA
i
SOCIJALISTIČKA FEDERATIVNA REPUBLIKA JUGOSLAVIJA

U ŽELJI da regulišu odnose izmedju obe države u oblasti socijalnog obezbedjenja, saglasile su se da zaključe sledeći Sporazum:

Odeljak I

Opšte odredbe

Član 1

U ovom Sporazumu znače izrazi:

1. "Područje"
   u odnosu na Saveznu Republiku Nemačku oblast važenja Osnovnog zakona za Saveznu Republiku Nemačku,
   u odnosu na Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju njenu državnu teritoriju;
2. "Državljanin"
   u odnosu na Saveznu Republiku Nemačku Nemca u smislu Osnovnog zakona za Saveznu Republiku Nemačku,
   u odnosu na Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju njenog državljanina;
3. "Pravni propisi"
   zakone, uredbe, statute i druge opšte pravne akte koji se odnose na grane socijalnog obezbedjenja, navedene u članu 2. stav 1.
4. "Nadležni organ"
   u odnosu na Saveznu Republiku Nemačku savezni ministar za rad i socijalno uredjenje,
   u odnosu na Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju savezni savet za rad;
5. "Nosilac"
   ustanovu ili organ u čiju nadležnost spada sprovodjenje pravnih propisa navedenih u članu 2. stav 1.
6. "Nadležni nosilac"
   nosioca koji je nadležan prema pravnim propisima koje treba primeniti;

7. „Beschäftigung"
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
8. „Beitragszeit"
eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Beiträge entrichtet sind oder als entrichtet gelten;
9. „gleichgestellte Zeit"
eine Zeit, soweit sie einer Beitragszeit gleichsteht;
10. „Versicherungszeit"
eine Beitragszeit oder eine gleichgestellte Zeit;
11. „Geldleistung", „Rente" oder „Pension"
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

7. "Zaposlenje"
zaposlenje ili delatnost u smislu pravnih propisa koje treba primeniti;
8. "Vreme doprinosa"
vreme za koje su prema pravnim propisima jedne države ugovornice doprinosi uplaćeni ili se smatraju uplaćenim;
9. "Izjednačeno vreme"
vreme, koje se izjednačuje sa vremenom doprinosa;
10. "Vreme osiguranja"
vreme doprinosa ili izjednačeno vreme;
11. "Davanja u novcu", "renta" ili "penzija"
davanja u novcu, rentu ili penziju uključujući sve dodatke i povećanja.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit es sich um Geld- und Sachleistungen handelt, die der Träger der Krankenversicherung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung zu gewähren hat;
   b) die Unfallversicherung;
   c) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung und die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung;
   d) das Kindergeld für Arbeitnehmer;
2. auf die jugoslawischen Rechtsvorschriften über
   a) die Gesundheitsversicherung;
   b) die Pensionsversicherung (Alters- und Hinterbliebenenversicherung);
   c) die Invalidenversicherung;
   d) das Kindergeld.

(2) Rechtsvorschriften im Sinne des Absatzes 1 sind nicht diejenigen, die sich für einen Vertragsstaat aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten.

Član 2

(1) Ovaj Sporazum se odnosi na:

1. nemačke pravne propise o
   a) osiguranju za slučaj bolesti, kao i o zaštiti majke koja privredjuje ukoliko se radi o davanjima u novou i naturi koja nosilac osiguranja za slučaj bolesti mora da pruži za vreme trudnoće i posle porodjaja;
   b) osiguranju za slučaj nesreće na radu;
   c) rentnom osiguranju radnika, rentnom osiguranju nameštenika, rentnom osiguranju rudara i penzijskom osiguranju bratinskih blagajni;
   d) dodatka na decu radnika;
2. na jugoslovenske pravne propise o
   a) zdravstvenom osiguranju;
   b) penzijskom osiguranju;
   c) invalidskom osiguranju;
   d) dodatku na decu.

(2) Ne smatraju se pravnim propisima u smislu stava 1. oni propisi koji za jednu državu ugovornicu proističu iz medjudržavnih ugovora ili medjunarodnog prava ili koji služe za njihove izvršenje, ukoliko ne sadrže regulisanja obaveza iz osiguranja.

Artikel 3

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates dessen Staatsangehörigen gleich

a) Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates,
b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951,
c) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates ableiten,

wenn sie sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates, die sich außerhalb der Gebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaates.

Član 3

(1) Ukoliko ovim Sporazumom nije drugačije odredjeno, u primeni pravnih propisa jedne države ugovornice izjednačeni su sa njenim državljanima

a) državljani druge države ugovornice,
b) izbeglice u smislu člana 1. Konvencije o pravnom položaju izbeglica od 28. jula 1951,
c) ostala lica u pogledu prava koje ona izvode od nekog državljanina jedne države ugovornice, ako prebivaju na području jedne od držva ugovornica.

(2) Davanja prema pravnim propisima jedne države ugovornice državljanima druge države ugovornice koji prebivaju izvan područja država ugovornica, pružaće se pod istim uslovima kao i državljanima prve države ugovornice koji tamo prebivaju.

Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen oder die Gewährung von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Inlandsaufenthalt abhängig ist, nicht für die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Personen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten. Dies gilt entsprechend für Personen, die nicht in Artikel 3 Absatz 1 genannt sind, soweit es sich nicht um die Zahlung von Renten (Pensionen) oder einmalige Geldleistungen nach den in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b und c sowie Nummer 2 Buchstaben b und c bezeichneten Rechtsvorschriften handelt.

(2) Absatz 1 berührt nicht die Rechtsvorschriften über die Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit nach den Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen (Pensions- und Invalidenversicherung).

Artikel 5

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich, soweit die Artikel 6 bis 10 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 6

(1) Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat von einem Unternehmen beschäftigt wird, dem er gewöhnlich angehört, von diesem Unternehmen in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für Rechnung dieses Unternehmens auszuführen, so gelten während der ersten vierundzwanzig Kalendermonate der Beschäftigung im Gebiet des zweiten Vertragsstaates die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt, sofern der Arbeitnehmer nicht an Stelle eines anderen Arbeitnehmers entsandt wird, dessen Entsendezeit abgelaufen ist.

(2) Wird ein Arbeitnehmer eines Transportunternehmens, das seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, zur Arbeit in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsandt, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt; dies gilt auch, wenn das Unternehmen im Gebiet des zweiten Vertragsstaates eine Zweigniederlassung unterhält.

Artikel 7

(1) Für die Besatzung eines Seeschiffes gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge es führt.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaates führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Gebiet des ersten Vertragsstaates hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt.

Artikel 8

Die Artikel 5 bis 7 gelten entsprechend für Personen, die nach in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften den Arbeitnehmern gleichgestellt sind.

Član 4

(1) Ukoliko ovim Sporazumom nije drugačije odredjeno, pravni propisi jedne države ugovornice, prema kojima je nastanak prava na davanja ili pružanje davanja ili plaćanje davanja u novcu uslovljeno boravkom u zemlji, ne važe za lica navedena u članu 3. stav 1, koja borave na području druge države ugovornice. To važi analogno za lica koja nisu navedena u članu 3. stav 1. ukoliko nije u pitanju plaćanje renti/penzija/ili jednokratnih davanja u novcu po pravnim propisima navedenih u članu 2. stav 1, tačka 1. slova b) i c) kao i tačka 2. slova b) do d).

(2) Stav 1. ne dira u pravne propise o merama za održanje, poboljšanje i ponovno uspostavljanje sposobnosti za privredjivanje prema pravnim propisima o rentnom osiguranju (penzijskom i invalidskom osiguranju).

Član 5

Obaveza osiguranja radnika odredjuje se, ukoliko članovima 6. do 10. nije drugačije odredjeno, prema pravnim propisima države ugovornice, na čijem su području zaposljeni; te važi i kada se poslodavac nalazi na području druge države ugovornice.

Član 6

(1) Ako radnik koga u jednoj državi ugovornici zapošljava preduzeće kome on obično pripada, od toga preduzeća bude poslat u drugu državu ugovornicu, da bi tamo za račun tog preduzeća obavio neki rad, onda za vreme prva dvadeset i četiri kalendarska meseca uposlenja na području druge države ugovornice i dalje važe pravni propisi prve države ugovornice tako kao da je još uvek zapošljen na njenoj teritoriji, ukoliko radnik ne bude poslat umesto drugog radnika čije je vreme slanja isteklo.

(2) Ako radnik transportnog preduzeća, koje ima sedište na teritoriji jedne države ugovornice, bude poslat na rad na području druge države ugovornice, važe i dalje pravni propisi prve države ugovornice tako kao da je još uvek zaposlen na njenom području; to važi i kad preduzeće ima filijalu na području druge države ugovornice.

Član 7

(1) Za posadu pomorskog broda važe pravni propisi one države ugovornice čiju zastavu brod nosi.

(2) Ako radnik, koji obično boravi na području jedne države ugovornice privremeno bude zaposlen na pomorskom brodu koji nosi zastavu druge države ugovornice, od poslodavca čije je sedište na području prve države ugovornice, a nije vlasnik broda, onda važe pravni propisi prve države ugovornice kao da je zaposlen na njenom području.

Član 8

Članovi 5. do 7. važe analogno za lica koja su shodno pravnim propisima navedenim u članu 2. izjednačena sa radnicima.

Artikel 9

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates von diesem oder von dem Leiter, einem Mitglied oder einem Bediensteten einer amtlichen Vertretung dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslandes wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung ab.

Artikel 10

Auf gemeinsamen Antrag des betroffenen Arbeitnehmers und Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 8 kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 5 bis 9 anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unterstellt wird. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Arbeitnehmer nicht in dessen Gebiet beschäftigt, so gilt er als dort beschäftigt.

Artikel 11

Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung besteht, werden auch in bezug auf gleichartige Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates oder in dessen Gebiet ergeben.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 12

(1) Für das Recht auf freiwillige Versicherung, den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und Zeiten des Bezuges einer Leistung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Absatz 1 gilt für Leistungen, deren Gewährung im Ermessen eines Trägers liegt, entsprechend.

Artikel 13

(1) Einer freiwilligen Versicherung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates steht der Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates nicht entgegen.

(2) Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in das Gebiet des anderen Vertragsstaates, so kann sie die Versicherung nach dessen Rechtsvorschriften freiwillig fortsetzen. Dabei steht dem

Član 9

(1) Ako državljanina jedne države ugovornice zaposli ta država ili rukovodilac, član ili službenik jednog zvaničnog predstavništva te države ugovornice na području druge države ugovornice, važe pravni propisi prve države ugovornice.

(2) Ako je radnik, naveden u stavu 1. pre početka zaposlenja prebivao u zemlji zapošljenja, on može u roku od tri meseca od početka zaposlenja izabrati primenu pravnih propisa zemlje zaposlenja. O izboru treba obavestiti poslodavca. Izabrani pravni propisi važe od dana obaveštenja.

Član 10

Na zajednički zahtev zainteresovanog radnika i poslodavca ili na zahtev lica koje je sa njima izjednačeno u smislu člana 8, nadležni organ države ugovornice čije bi pravne propise, shodno članovima 5. do 9. trebalo primeniti, može dozvoliti oslobadjanje od primene tih pravnih propisa, ako se na odnosno lice i dalje primenjuju pravni propisi druge države ugovornice. Prilikom odlučivanja treba voditi računa o načinu i okolnostima zapošljenja. Pre donošenja odluke treba nadležnom organu druge države ugovornice pružiti priliku da po ovome zauzme stav. Ako radnik nije zaposlen na njenom području, onda se smatra kao da je tamo zaposlen.

Član 11

Pravni propisi jedne države ugovornice o nepostojanju prava na davanje ili o ograničenju davanja, dok se obavlja neki posao ili dok postoji obavezno osiguranje, primenjuju se takodje i na istovetna stanja koja postoje u drugoj državi ugovornici.

Odeljak II

Posebne odredbe

Glava 1

Zdravstveno osiguranje

Član 12

(1) Za pravo na dobrovoljno osiguranje, pravo na davanje i trajanje davanja sabiraju se prema pravnim propisima obeju država ugovornica navršeno vreme osiguranja i vreme uživanja davanja, ukoliko se ne odnose na isto vreme.

(2) Stav 1. važi analogno za davanja, čije priznanje zavisi od nahodjenja nosioca.

Član 13

(1) Na dobrovoljno osiguranje po pravnim propisima jedne države ugovornice ne utiče boravak na području druge države ugovornice.

(2) Ako neko lice, koje je bilo osigurano po pravnim propisima jedne države ugovornice prenese svoje prebivalište na područje druge države ugovornice, može dobrovoljno nastaviti osiguranje po njenim pravnim propisima. Pri tome je istupanje iz obaveznog osiguranja

Ausscheiden aus einer Pflichtversicherung das Ausscheiden aus einer freiwilligen Versicherung gleich. Die Versicherung wird fortgesetzt

in der Bundesrepublik Deutschland

bei der für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, bei der für diesen Ort zuständigen Landkrankenkasse,

in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

bei der für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts zuständigen Kommunalen Sozialversicherungsanstalt.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für Personen, deren Rechte auf Weiterversicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableitet.

izjednačeno sa istupanjem iz dobrovoljnog osiguranja. Osiguranje se nastavlja

u Saveznoj Republici Nemačkoj

kod opšte mesne bolesničke blagajne nadležne po mestu prebivališta ili, tamo gde ove nema, pokrajinska blagajna nadležna za to mesto,

u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji

u komunalnom zavodu za socijalno osiguranje nadležnom po mestu prebivališta.

(3) Stav. 2. važi analogno za lica, čije se pravo na dalje osiguranje izvodi iz osiguranja nekog drugog lica.

Artikel 14

(1) Artikel 4 Absatz 1 gilt für eine Person,

a) die, nachdem der Versicherungsfall eingetreten ist, ihren Aufenthalt in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthalts vorher zugestimmt hat,

b) bei der der Versicherungsfall während des vorübergehenden Aufenthalts im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nur, wenn sie wegen ihres Zustandes sofort Leistungen benötigt,

c) bei der der Versicherungsfall nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eingetreten ist, nur, wenn sich die Person in das Gebiet des anderen Vertragsstaates begeben hat, um eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann nur wegen des Gesundheitszustandes der Person verweigert werden. Sie kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat.

(3) Artikel 4 Absatz 1 gilt nicht für eine Person, solange für sie Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie sich aufhält, beansprucht werden können.

(4) Absatz 1 Buchstaben a und b und Absatz 2 gelten nicht für Leistungen bei Mutterschaft.

Član 14

(1) Član 4. stav 1. važi za lice:

a) koje, pošto je nastao osigurani slučaj, prenese svoje mesto boravka na područje druge države ugovornice, samo ako se nadležni nosilac prethodno saglasio sa promenom mesta boravka,

b) kod koga je osigurani slučaj nastao za vreme privremenog boravka na području druge države ugovornice, samo ako mu je zbog njegovog stanja potrebno hitno pružanje davanja,

c) kod koga je osigurani slučaj nastao posle istupanja iz osiguranja, samo ako je lice otišlo na područje druge države ugovornice, da bi prihvatilo ponudjeni posao.

(2) Saglasnost po stavu 1. se može uskratiti samo zbog zdravstvenog stanja lica. Ona se može naknadno dati ako lice iz opravdanih razloga nije prethodno tražilo saglanost.

(3) Član 4. stav 1. ne važi za lice za koje se mogu zahtevati davanja po pravnim propisima države ugovornice, na čijem području ono boravi.

(4) Stav 1, slova a i b i stav 2 ne važe za davanja u slučaju materinstva.

Artikel 15

(1) Bei Anwendung des Artikels 4 Absatz 1 sind die Sachleistungen

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der für diesen Ort zuständigen Landkrankenkasse,

in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Kommunalen Sozialversicherungsanstalt

zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften mit Ausnahme der Rechtsvorschriften über die Dauer der Leistungsgewährung, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie der sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren.

(3) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur gewährt, soweit der

Član 15

(1) Kod primene člana 4. stav 1. davanja u naturi pružaju:

u Saveznoj Republici Nemačkoj

opšta mesna bolesnička blagajna nadležna po mestu prebivanja, a tamo gde ona ne postoji, pokrajinska bolesnička blagajna nadležna za to mesto,

u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji

komunalni zavod za socijalno osiguranje nadležnom po mestu prebivanja.

(2) Za pružanje davanja u naturi važe propisi merodavni za nosioca mesta prebivanja izuzev pravnih propisa o trajanju davanja, o krugu članova porodice koje treba uzeti u obzir kao i pravnih propisa o parničnom postupku koji se odnose na ova davanja.

(3) Proteze ili naturalna davanja u naturi od većeg finansijskog značaja, izuzev u slučajevima bezuslovne hitnosti, pružaju se samo ukoliko se nadležni nosilac

zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(4) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die in Artikel 4 Absatz 1 genannten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, wie wenn diese Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

s tim saglasi. Bezuslovna hitnost postoji, ako se davanje ne može odgoditi, a da se život ili zdravlje lica ozbiljno ne ugrozi.

(4) Lica i ustanove, koji su sa nosiocima navedenim u stavu 1. sklopili ugovore o pružanju davanja u naturi za osiguranike tih nosilaca i njihove članove porodice, dužni su da pružaju davanja u naturi i licima navedenim u članu 4. stav 1, pod istim uslovima kao da su ta lica i njihovi članovi porodice osigurani kod nosilaca navedenih u stavu 1. i kao da se ugovori protežu i na ta lica.

Artikel 16

Bei Anwendung des Artikels 4 Absatz 1 werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers Geldleistungen von dem in Artikel 15 Absatz 1 genannten Träger des Aufenthaltsortes ausgezahlt.

Član 16

Kod primene člana 4. stav 1., na zahtev nadležnog, nosioca isplaćuju se davanja u novcu od strane nosioca mesta prebivanja navedenog u članu 15, stav 1.

Artikel 17

(1) Auf eine Person, die aus den Rentenversicherungen (Pensionsversicherungen) beider Vertragsstaaten Rente (Pension) bezieht oder diese beantragt hat, sind unbeschadet der Absätze 2 und 3 die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner (Pensionisten) des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet die betreffende Person sich gewöhnlich aufhält.

(2) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Rentenempfänger (Pensionsempfänger) den gewöhnlichen Aufenthalt in das Gebiet des anderen Vertragsstaates, so sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner (Pensionisten) des ersten Vertragsstaates bis zum Ende des Monats anzuwenden, für den letztmalig die Renten (Pensionen) im Gebiet dieses Vertragsstaates ausgezahlt werden.

(3) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Antragsteller den gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Gebiet des einen Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates bis zum Ende des Monats, in dem der Träger der Rentenversicherung (Pensionsversicherung) des anderen Vertragsstaates von der Verlegung des Aufenthalts erfährt.

(4) Bezieht eine Person nur aus der Rentenversicherung (Pensionsversicherung) eines Vertragsstaates eine Rente (Pension) oder hat sie nur eine Rente (Pension) beantragt, so gilt Artikel 4 Absatz 1 in bezug auf die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner entsprechend.

Član 17

(1) Na lice koje prima rentu (penziju) iz rentnih osiguranja (penzijskih osiguranja) obeju država ugovornica ili koje je podnelo zahtev za takvo primanje, primeniće se, ne dirajući u odredbe stavova 2. i 3., pravni propsi o zdravstvenom osiguranju uživalaca rente (uživalac penzije) one države ugovornice na čijem području dotično lice prebiva.

(2) Ako u stavu 1. navedeni uživalac rente (uživalac penzije) prenese mesto prebivanja na područje druge države ugovornice, primeniti će se pravni propisi o zdravstvenom osiguranju uživalaca rente (penzije) prve države ugovornice do kraja meseca za koji se poslednji put isplaćuju rente (penzije) na području te države ugovornice.

(3) Ako u stavu 1. navedeni podnosilac zahteva prenese svoje mesto prebivanja sa područja jedne države ugovornice na područje druge države ugovornice, važe pravni propisi prve države ugovornice do kraja meseca u kome nosilac rentnog osiguranja (penzijskog osiguranja) druge države ugovornice sazna o promeni prebivališta.

(4) Ako jedno lice prima rentu (penziju) iz rentnog osiguranja (penzijskog osiguranja) samo jedne države ugovornice ili ako je podnelo zahtev za rentu (penziju) analogno važi član 4. stav 1. u pogledu obaveze osiguranja prema pravnim propisima o zdravstvenom osiguranju uživalaca rente.

Artikel 18

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die nach den Artikeln 15 und 16 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung die nach Artikel 15 aufgewendeten Beträge in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Član 18

(1) Nadležni nosilac nadoknadjuje nosiocu mesta boravka iznose utrošene prema članu 15. i 16., izuzev administrativnih troškova.

(2) Nadležni organi mogu na predlog zainteresovanih nosilaca ugovoriti da se, u svrhu pojednostavljenja administracije, iznosi utrošeni prema članu 15. u svim slučajevima ili u odredjenim grupama slučajeva nadoknadjuju u paušalnim iznosima.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 19

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften früher eingetretene Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für früher eingetretene, unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates fallende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Unfällen (Krankheiten) stehen solche gleich, die nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften als Unfälle oder Entschädigungsfälle anerkannt sind.

(2) Der zur Entschädigung des später eingetretenen Versicherungsfalles zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 20

(1) Für den Leistungsanspruch auf Grund einer Berufskrankheit werden vom Träger eines Vertragsstaates auch die Beschäftigungen berücksichtigt, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen. Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates gewährt, in dessen Gebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Von der Rente gewährt jeder Träger nur den Teil, der dem Verhältnis der Dauer der im Gebiet des eigenen Vertragsstaates ausgeübten zur Dauer der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Beschäftigungen entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Gewährung der Hinterbliebenenrente und der Beihilfe an Hinterbliebene.

Artikel 21

(1) Artikel 4 Absatz 1 gilt in bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während der Heilbehandlung den Aufenthalt in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthalts vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann nur wegen des Gesundheitszustandes der Person verweigert werden. Sie kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat.

Artikel 22

(1) Hat der Träger des einen Vertragsstaates einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaates Sachleistungen zu gewähren, so sind sie unbeschadet des Absatzes 3

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der für diesen Ort zuständigen Landkrankenkasse,

Glava 2

Osiguranje za slučaj nesreće na poslu

Član 19

(1) Ako pravni propisi jedne države ugovornice predvidjaju da se prilikom utvrdjivanja stepena smanjenja sposobnosti za privredjivanje usled nesreće na poslu (profesionalnog oboljenja) u smislu tih pravnih propisa, mora voditi računa o ranije nastalim nesrećema na poslu (profesionalnim oboljenjima), onda to važi i za ranije nastale nesreće na poslu koje potpadaju pod pravne propise druge države ugovornice, kao da su potpadali pod pravne propise prve države ugovornice. Sa nesrećama (oboljenjima) koje valja uzeti u obzir izjednačuju se nesreće ili slučajevi obeštećenja koji su kao takvi priznati prema drugim javno-pravnim propisima.

(2) Nosilac nadležan za obeštećenje kasnije nastalog osiguranog slučaja, utvrdjuje svoje davanje prema stepenu smanjenja sposobnosti za privredjivanje koje je nastupilo usled nesreće na radu (profesionalnog oboljenja), koje on mora da uzme u obzir prema nacionalnim propisima koji važe za njega.

Član 20

(1) Za pravo na davanje po osnovu profesionalnog oboljenja, nosilac jedne države ugovornice uzima u obzir i poslove obavljane na području druge države ugovornice, koji prema svojoj prirodi mogu da izazovu to oboljenje. Ako pri tom, prema pravnim propisima obeju država ugovornica, postoji pravo na davanje, davanja u naturi i davanja u novcu, izuzev rente, pružaju se samo na osnovu pravnih propisa one države ugovornice, na čijem području ovlašćeno lice prebiva. Svaki nosilac pruža samo onaj deo rente, koji odgovara odnosu trajanja posla na području sobstvene države ugovornice prema trajanju posla o kome se mora voditi računa prema prvoj rečenici.

(2) Stav 1. važi i za pružanje porodične rente i pomoći porodici umrlog.

Član 21

(1) Član 4. stav 1. važi u pogledu davanja u naturi za jedno lice, koje je za vreme lečenja prenelo mesto boravka na područje druge države ugovornice, samo ako se nadležni nosilac prethodno saglasi sa promenom mesta boravka.

(2) Saglasnost prema stavu 1. se može uskratiti samo zbog zdravstvenog stanja tog lica. Ona se može naknadno dati, ako lice iz opravdanih razloga nije prethodno zatražilo saglasnost.

Član 22

(1) Ako nosilac jedne države ugovornice treba da pruži davanja u naturi licu na području druge države ugovornice, ta davanja ne dirajući u stav 3, pružaju

u Saveznoj Republici Nemačkoj

opšta mesna bolesnička blagajna nadležna za mesto prebivanja ili, gde takva ne postoji pokrajinska bolesnička blagajna nadležna za to mesto,

in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
von der für den Aufenthaltsort zuständigen Kommunalen Sozialversicherungsanstalt
zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Ist nach Absatz 1 Berufshilfe zu gewähren, so wird sie vom Träger der Unfallversicherung im Gebiet des Aufenthaltsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erbracht. Zuständig ist der Träger der Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates zu entscheiden wäre.

(4) An Stelle des in Absatz 1 genannten Trägers kann der in Absatz 5 Satz 2 genannte Träger der Unfallversicherung die Leistungen erbringen.

(5) Artikel 15 Absätze 3 und 4 gilt entsprechend.

(6) Geldleistungen mit Ausnahme von Rente, Abfindungen, Pflegegeld und Sterbegeld werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers von dem in Absatz 1 genannten Träger ausgezahlt.

Artikel 23

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die nach Artikel 22 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Artikel 24

Die Abfindung einer Rente wegen des gewöhnlichen Aufenthalts des Berechtigten im Gebiet des anderen Vertragsstaates kann nur auf Antrag des Berechtigten gewährt werden.

Kapitel 3

Rentenversicherungen

Artikel 25

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechnungsfähige Versicherungszeiten vorhanden, so werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates anrechnungsfähig sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Dies gilt für Leistungen, deren Gewährung im Ermessen des Trägers liegt, entsprechend. In welchem Ausmaß Versicherungszeiten anrechnungsfähig sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die die Anrechnungsfähigkeit bestimmen.

(2) Besteht mit oder ohne Berücksichtigung des Absatzes 1 ein Rentenanspruch nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, und ist nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften eine Versicherungszeit von weniger als zwölf Monaten für die Berechnung der Rente anzurechnen, so kann ein Rentenanspruch nach diesen Rechtsvorschriften nicht geltend gemacht werden. In diesen Fällen stehen die Versicherungszeiten ohne Rücksicht auf ihre zeitliche Lage für die Berechnung der Rente den nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates anzurechnenden Versicherungszeiten unbeschadet des Artikels 26 Absatz 1 gleich.

u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji

komunalni zavod za socijalno osiguranje nadležan prema mestu prebivanja.

(2) Za pružanje naturalnih davanja važe pravni propisi koji su merodavni za nosioca mesta prebivanja.

(3) Ako prema stavu 1. treba da se pruži profesionalna pomoć, nju pruža nosilac osiguranja za slučaj nesreće na poslu na području države prebivališta prema pravnim propisima koji za njega važe. Nadležan je onaj nosilac osiguranja za slučaj nesreće na poslu, koji bi bio nadležan kad bi o pravu davanja trebalo da se odluči prema pravnim propisima te države ugovornoce.

(4) Umesto nosioca navedenog u stavu 1. davanja može pružiti nosilac osiguranja za slučaj nesreće na poslu naveden u stavu 3. druga rečenica.

(5) Član 15. stavovi 3. i 4. važe analogno.

(6) Davanja u novcu, izuzev rente, otpremnine, troškova nege i posmrtnina, pomoć isplaćuje na traženje nadležnog nosioca nosilac naveden u stavu 1.

Član 23

(1) Nadležni nosilac naknadjuje nosiocu mesta prebivanja iznose utrošene na osnovu člana 22, izuzev administrativnih troškova.

(2) Nadležni organi mogu na predlog zainteresovanih nosilaca ugovoriti da se u cilju pojednostavljenja administracije u svim slučajevima ili u odredjenim grupama slučajeva utrošeni iznosi naknadjuju u paušalnim iznosima.

Član 24

Otpremnina umesto rente zbog prebivanja nosioca prava na području druge države ugovornice može se priznati samo na zahtev nosioca prava.

Glava 3

Penzijsko i invalidsko osiguranje

Član 25

(1) Ako na osnovu pravnih propisa obeju država ugovornica postoji vreme osiguranja koje se uračunava za sticanje prava na davanje prema pravnim propisima koje treba primeniti, uzima se u obzir i vreme osiguranja koje se prema pravnim propisima druge države ugovornice uračunava ukoliko se ne odnosi na isti period. To važi analogno za davanja koja se priznaju prema nahodjenju nosioca. U kojoj se meri vreme osiguranja može uračunati, odredjuje se po pravnim propisima koji utvrdjuju mogućnost uračunavanja.

(2) Ako se obzirom ili bez obzira na stav 1 pravo na rentu postoji prema pravnim propisima obeju država ugovornica, i ako prema pravnim propisima koji se primenjuju treba da se radi izračunavanja rente uračuna vreme osiguranja kraće od dvanaest meseci, zahtev za rentu ne može se postaviti na osnovu tih pravnih propisa. U tom slučaju se vreme osiguranja za izračunavanje rente izjednačuje sa vremenom osiguranja koje se uračunava po pravnim propisima druge države ugovornice ne dirajući u član 26. stav 1. bez obzira kad je ono navršeno.

Artikel 26

(1) Bemessungsgrundlagen werden nur aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.

(2) Besteht nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Anspruch auf Leistungen, die mit Rücksicht auf die Kinder des Berechtigten oder diesen gleichgestellte Kinder gewährt werden, so kann der Anspruch nicht geltend gemacht werden, solange der Berechtigte sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhält und nach in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates für dasselbe Kind entsprechende Leistungen beansprucht werden können. Dies gilt auch, wenn die Leistungen als Leistungsteile in Hinterbliebenenrenten enthalten sind oder zu solchen gewährt werden. Hält sich der Berechtigte in einem dritten Staat gewöhnlich auf, so kann nur der Anspruch nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet der Berechtigte sich zuletzt gewöhnlich aufgehalten hat, geltend gemacht werden. Besteht der Anspruch auf die betreffende Leistung nur nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, so wird sie nur zur Hälfte gewährt, wenn die Voraussetzungen für den Anspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 25 Absatz 1 erfüllt sind.

Član 26

(1) Penzijski osnov uzima se samo iz onog vremena osiguranja koje treba uzeti u obzir po pravnim propisima koji se primenjuju.

(2) Ako prema pravnim propisima koji se primenjuju postoji pravo na davanje, koje se odredjuje vodeći računa o deci nosioca prava ili sa njima izjednačenoj deci, zahtev se ne može podneti sve dok nosilac prava prebiva na području druge države ugovornice, i dok se za isto dete mogu zahtevati odgovarajuća davanja prema pravnim propisima te države ugovornice navedenim u članu 2. To važi i kad su davanja sadržana u porodičnim rentama kao delovi davanja ili se uz njih priznaju. Ako nosilac prava prebiva u trećoj državi, zahtev se može podneti samo po pravnim propisima države ugovornice na čijem je području nosilac prava poslednji put prebivao. Ako pravo na dotično davanje postoji samo prema pravnim propisima jedne države ugovornice, ono se priznaje samo u pola iznosa, ako su uslovi za zahtev ispunjeni samo uzimajući u obzir član 25. stav 1.

Artikel 27

Für den deutschen Träger gilt folgendes:

1. Die nach Artikel 25 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Leistung zuständig ist.
2. Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung stehen jugoslawische knappschaftliche Betriebe deutschen knappschaftlichen Betrieben gleich.
3. Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 25 Absatz 1 erfüllt, so wird die Zurechnungszeit nur zur Hälfte angerechnet.
4. Hängt die Versicherungspflicht davon ab, daß weniger als eine bestimmte Zahl von Beiträgen entrichtet wurde, so werden die nach den jugoslawischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Beitragszeiten für die Entscheidung über die Versicherungspflicht berücksichtigt.
5. Die nach Artikel 25 Absatz 1 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten gelten als nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß anrechnungsfähig.

Član 27

Za nemačkog nosioca važi sledeće:

1. Vreme osiguranja koja se po članu 25. uzima u obzir, dodeljuje se onoj grani osiguranja čiji je nosilac nadležan za odredjivanje davanja isključivo prema nemačkim propisima.
2. Kod ukidanja rudarskih davanja za izravnanje, jugoslovenska rudarska preduzeća se izjednačuju sa nemačkim rudarskim preduzećima.
3. Ako su uslovi za pravo na rentu ispunjeni samo uzimajući u obzir član 25. stav 1, dodatno vreme uračunava se samo upola.
4. Ako obaveza osiguranja zavisi od toga da li je broj uplaćenih doprinosa manji od odredjenog broja, kod odlučivanja o obavezi osiguranja uzeće se i vreme doprinosa po jugoslovenskim pravnim propisima.
5. Vreme osiguranja koje se po članu 25. stav 1. uzima u obzir uračunava se samo u efektivnom trajanju.

Kapitel 4
Kindergeld

Artikel 28

(1) Eine Person, die im Gebiet des einen Vertragsstaates beschäftigt ist und den Rechtsvorschriften dieses Staates unterliegt, hat nach dessen Rechtsvorschriften für Kinder, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, Anspruch auf Kindergeld, als hielten sich die Kinder gewöhnlich im Gebiet des ersten Vertragsstaates auf.

(2) Als Kinder gelten in den Grenzen, die in den anzuwendenden Rechtsvorschriften festgesetzt sind,

a) eheliche Kinder,
b) Stiefkinder, die in den Haushalt des Stiefvaters oder der Stiefmutter aufgenommen sind,
c) für ehelich erklärte Kinder,

Glava 4
Dodaci na decu

Član 28

(1) Lice koje je zaposleno na području jedne države ugovornice i podvrgnuto pravnim propisima te države, ima prema njenim pravnim propisima pravo na dodatak na decu koja prebivaju na području druge države ugovornice kao da ta deca prebivaju na području prve države ugovornice.

(2) Pod uslovima utvrdjenim pravnim propisima koji se primenjuju, smatraju se kao deca

a) bračna deca,
b) pastorčad koja žive u domaćinstvu očuha ili maćehe,
c) deca priznata kao bračna,

d) an Kindes Statt angenommene Kinder,

e) uneheliche Kinder (im Verhältnis zu dem Vater jedoch nur, wenn seine Vaterschaft oder seine Unterhaltspflicht festgestellt ist)

des Berechtigten.

(3) Ein Anspruch nach Absatz 1 kann nicht geltend gemacht werden, wenn einer anderen Person, die im Gebiet des Vertragsstaates beschäftigt ist, in dem sich die Kinder gewöhnlich aufhalten, nach den Rechtsvorschriften dieses Staates Anspruch auf Kindergeld zusteht. Rechtsvorschriften, die einen solchen Anspruch mit Rücksicht auf das Vorhandensein der in Absatz 1 genannten Person ausschließen, sind nicht anzuwenden.

(4) Galten für einen Arbeitnehmer während eines Kalendermonats nacheinander die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten und ist das Kindergeld nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften monatlich zu zahlen, so ist der Betrag zu gewähren, der der Zahl der Kalendertage entspricht, an denen der Arbeitnehmer im Gebiet dieses Vertragsstaates beschäftigt war und für ihn dessen Rechtsvorschriften galten.

(5) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb des Anspruchs auf Kindergeld davon ab, daß Versicherungszeiten oder diesen gleichgestellte Zeiten zurückgelegt worden sind, so werden alle Zeiten berücksichtigt, die nacheinander in den Gebieten beider Vertragsstaaten zurückgelegt worden sind.

d) usvojena deca,

e) vanbračna deca (u odnosu prema ocu medjutim, samo ako je utvrdjeno njegovo očinstvo ili njegova obaveza na izdržavanje).

(3) Zahtev prema stavo 1. ne može se podneti ako lice zaposleno na području države ugovornice u kojoj deca prebivaju ima pravo na dodatak na decu prema pravnim propisima te države. Ne primenjuju se pravni propisi koji isključuju takvo pravo u vezi sa prebivalištem lica navedenih u stavu 1.

(4) Ako su za radnika u toku jednog kalendarskog meseca važili pravni propisi jedne i druge države ugovornice, i ako se dodatak na decu isplaćuje mesečno prema pravnim propisima koji se primenjuju, isplaćuje se onaj iznos koji odgovara broju kalendarskih dana za koje vreme je radnik bio zaposlen na teritoriji te države ugovornice i kada su za njega važili njeni pravni propisi.

(5) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice sticanje prava na dodatak na decu zavisi od toga da li je navršeno vreme osiguranja ili sa njim izjednačeno vreme uzima se u obzir sve vreme koje je uzastopno navršeno na području dveju država ugovornica.

Abschnitt III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 29

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 30

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat,

Odeljak III

Razne odredbe

Glava 1

Administrativna i pravna pomoć

Član 29

(1) Nosioci, udruženja nosilaca, organi i sudovi država ugovornica pružaju uzajamnu pomoć pri sprovodjenju ovog Sporazuma, kao da primenjuju pravne propise koji za njih važe. Pomoć je besplatna, izuzev troškova u gotovu.

(2) Stav 1. prva rečenica, važi i za lekarske preglede. Troškove pregleda, putne troškove, gubitak zarade, troškove smeštaja radi ispitivanja i ostale troškove u gotovom, izuzev poštanskih troškova, naknadjuje organ koji je to tražio. Troškovi se ne naknadjuju ako je lekarski pregled u interesu nadležnih nosilaca obeju država ugovornica.

Član 30

(1) Izvršne odluke sudova kao i izvršne isprave nosilaca ili organa jedne države ugovornice o doprinosima i ostalim potraživanjima iz socijalnog osiguranja priznaju se u drugoj državi ugovornici.

(2) Priznavanje se može uskratiti samo ako je u suprotnosti sa javnim poretkom države ugovornice, u kojoj treba da se prizna odluka ili isprava.

(3) Izvršne odluke i isprave priznate na osnovu stava 1, izvršavaju se u drugoj državi ugovornici. Izvršni postupak se vodi prema pravnim propisima koji u državi ugovornici, na čijem području treba da se izvrše, važe za

in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie in Konkurs- und Vergleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

izvršenje odgovarajućih odluka ili isprava izdatih u toj državi. Primerak odluke ili isprave mora biti snabdeven potvrdom izvršnosti (klauzula izvršenja).

(4) Potraživanja nosilaca na području jedne države ugovornice u pogledu zaostataka doprinosa imaju prilikom prinudnog izvršenja u stečajnom postupku i u postupku poravnanja na području druge države ugovornice ista prava prvenstva kao i odgovarajuća potraživanja na području te države ugovornice.

Artikel 31

(1) Sind Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer der in Artikel 29 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaates vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer der in Artikel 29 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaates vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaates keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Član 31

(1) Ako su isprave ili drugi spisi koji se podnose organima jedne države ugovornice, navedenim u članu 29. stav 1, delimično ili sasvim oslobodjeni poreza ili taksa, uključujući i konzularne takse i administrativne dažbine, to oslobodjenje se proteže i na isprave ili druge spise koji se podnose odgovarajućim organima druge države ugovornice prilikom sprovodjenja pravnih propisa navedenih u članu 2. stav 1.

(2) Za isprave, koje se prilikom sprovodjenja pravnih propisa navedenih u članu 2. stav 1. podnose nekom organu jedne države ugovornice navedenom u članu 29. stav 1. prilikom upotrebe pred organima druge države ugovornice, nije potrebna legalizacija ili neka slična formalnost.

Artikel 32

Die in Artikel 29 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Član 32

Organi navedeni u članu 29. stav 1, u sprovodjenju pravnih propisa navedenih u članu 2. stav 1. ovog Sporazuma, mogu medjusobno i sa zainteresovanim licima i njihovim predstavnicima neposredno opštiti na svojim službenim jezicima. Primenjuju se pravni propisi o korišćenju prevodilaca. Presude, rešenja ili drugi spisi mogu se dostaviti neposredno preporučenim pismom uz povratnicu licu koje boravi na području druge države ugovornice.

Artikel 33

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge, sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

Član 33

(1) Ako je zahtev za davanje podnet prema pravnim propisima jedne države ugovornice organu u drugoj državi ugovornici, kome je dozvoljeno primanje zahteva za odgovarajuće davanje prema pravnim propisima koji za njega važe, smatra se da je zahtev podnet nadležnom nosiocu. To analogno važi za ostale zahteve, kao i izjave i pravna sredstva.

(2) Zahtev za davanje prema pravnim propisima jedne države ugovornice važi i kao zahtev za odgovarajuće davanje prema pravnim propisima druge države ugovornice.

Kapitel 2
Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 34

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung des Abkommens richtet jeder Vertragsstaat Verbindungsstellen ein. Diese sind

Glava 2
Sprovodjenje i tumačenje Sporazuma

Član 34

(1) Nadležni organi se mogu dogovoriti o administrativnim merama potrebnim za sprovodjenje Sporazuma. Oni se medjusobno obaveštavaju o izmenama i dopunama pravnih propisa koji za njih važe i koji su navedeni u članu 2.

(2) Za sprovodjenje Sporazuma, svaka država ugovornica odredjuje organe za vezu. To su:

in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung

der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bad Godesberg,

für die Unfallversicherung

der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn,

für die Rentenversicherung der Arbeiter

die Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz, Landshut,

für die Rentenversicherung der Angestellten

die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung

die Ruhrknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung

die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,

in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Bundesanstalt für Sozialversicherung.

u Saveznoj Republici Nemačkoj

za osiguranje za slučaj bolesti

Savezni savez mesnih bolesničkih blagajni, Bad Godesberg;

za osiguranje za slučaj nesreće na poslu

Glavni savez zanatskih profesionalnih zadruga, registrovano udruženje, Bonu;

za rentno osiguranje radnika

Pokrajinski osiguravajući zavod Niederbayern-Oberpfalz, Landshut;

za rentno osiguranje nameštenika

Savezni osiguravajuči zavod za nameštenike, Berlin;

za rudarsko rentno osiguranje

Rurska rudarska zajednica, Bochum;

za penzijsko osiguranje bratinskih blagajni

Pokrajinski osiguravajući zavod za Saarland, Saarbrueken;

u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji Savezni zavod za socijalno osiguranje.

Artikel 35

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaates nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaates auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaates auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Član 35

(1) Ako lice, koje prema pravnim propisima jedne države ugovornice treba da dobije naknadu za štetu nastalu na području druge države ugovornice, a prema njenim propisima ima pravo na naknadu štete od trećeg lica, ovo pravo na naknadu prelazi na nosioca prve države ugovornice prema pravnim propisima koji važe za njega.

(2) Ako nosilac jedne države ugovornice prema njenim pravnim propisima ima originarno pravo na naknadu štete od treće lica, to pravo priznaje druga država ugovornica.

(3) Ako prava na naknadu u pogledu istovetnih davanja za isti slučaj ima kako nosilac jedne države ugovornice tako i nosilac druge države ugovornice, nosilac jedne države ugovornice na traženje nosioca druge države ugovornice postavlja takodje i njen zahtev za naknadu. Treće lice može potraživanje oba nosioca izmiriti plaćanjem jednom ili drugom nosiocu sa oslobadjajućim dejstvom. U medjusobnom odnosu nosioci su dužni da se namire u srazmeri sa davanjima koja moraju da pruže.

Artikel 36

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaates an eine Person, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaates zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen der Artikel 30 und 35 an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaates zu leisten.

Član 36

Davanja u novcu može pružati nosilac jedne države ugovornice licu, koje prebiva na području druge države ugovornice u svojoj valuti sa oslobadjajućim dejstvom. Za obračun izmedju nosioca i korisnika, merodavan je dnevni kurs, uzet za oznov prilikom slanja davanja u novcu. Ako jedan nosilac treba da plaća nosiocu druge države ugovornice, plaćanje se vrši u valuti druge države ugovornice. Ako nosilac u slučajevima iz članova 30. i 35. treba da plaća nosiocu druge države ugovornice, plaćanje će se vršiti u valuti prve države ugovornice.

Artikel 37

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaates Geldleistungen zu Unrecht gewährt, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von der Nachzahlung einer entsprechenden Lei-

Član 37

(1) Ako je nosilac jedne države ugovornice neosnovano pružao davanja u novcu, taj neosnovano isplaćeni iznos može se obustaviti u korist nosioca prilikom nekog

stung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß im Hinblick auf den Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gezahlt, so ist der gezahlte Betrag von der Leistung zugunsten dieses Trägers einzubehalten.

(3) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den sie oder ihre Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaates unterstützt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Gebiet des ersten Vertragsstaates.

Artikel 38

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Abschnitt IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 39

(1) Dieses Abkommen begründet, soweit es nichts anderes bestimmt, keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

kasnijeg plaćanja odgovarajućeg davanja prema pravnim propisima druge države ugovornice.

(2) Ako je nosilac jedne države ugovornice plaćao akontaciju u vezi sa pravom na neko davanje prema pravnim propisima druge države ugovornice, isplaćeni iznos obustavlja se od davanja u korist tog nosioca.

(3) Ako jedno lice prema pravnim propisima jedne države ugovornice ima pravo na davanje u novcu, vremenski period, za koji je ono ili njegovi članovi porodice, primalo pomoć od strane nosioca socijalnog staranja druge države ugovornice, to davanje u novcu obustaviće se na zahtev i u korist nosioca socijalnog staranja kao da taj nosilac socijalnog staranja ima sedište na području prve države ugovornice.

Član 38

(1) Sporna pitanja izmedju dveju država ugovornica o tumačenju ili primeni Sporazuma treba, ukoliko je moguće, da reše nadležni organi.

(2) Ako se sporna pitanja na ovaj način ne mogu rešiti, onda se na zahtev jedne države ugovornice, iznose pred arbitražni sud.

(3) Arbitražni sud se obrazuje od slučaja do slučaja, pri čemu svaka država ugovornica odredjuje jednog člana, a oba člana sporazumno naznačuju državljaninu neke treće države kao predsednika, koga postavljaju vlade obeju država ugovornica. Članovi se odredjuju u roku od dva meseca, predsednik u roku od tri meseca pošto jedna država ugovornica obavesti drugu da želi spor izneti pred arbitražni sud.

(4) Ako rokovi navedeni u stavu 3. ne budu održani, u nedostatku drugog dogovora, svaka država ugovornica može zamoliti predsednika Medjunarodnog suda da izvrši potrebna imenovanja. Ako je predsednik državljanin jedne države ugovornice, ili je iz nekog drugog razloga sprečen, imenovanje će izvršiti zamenik predsednika. Ako je zamenik predsednika državljanin jedne države ugovornice ili je i on sprečen, onda imenovanje treba da izvrši po rangu sledeći član suda koji nije državljanin jedne države ugovornice.

(5) Arbitražni sud odlučuje većinom glasova na osnovu ugovora koji postoje izmedju stranaka i opšteg medjunarodnog prava. Njegove odluke su obavezne. Svaka država ugovornica snosi troškove svoga člana kao i troškove zastupanja u postupku pred arbitražnim sudom; troškove za predsednika i ostale troškove snose države ugovornice u jednakim delovima. Arbitražni sud može i na drugi način regulisati troškove. U svemu ostalome arbitražni sud sam utvrdjuje svoj postupak.

Odeljak IV

Prelazne i završne odredbe

Član 39

(1) U koliko nije drugačije odredjeno ovaj Sporazum ne zasniva nikakvo pravo na plaćanje davanja za vreme pre njegovog stupanja na snagu.

(2) Kod primene ovog Sporazuma uzeće se u obzir i činjenice koje su značajne prema pravnim propisima država ugovornica iz vremena pre njegovog stupanja na snagu.

(3) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können unter dessen Berücksichtigung auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt unbeschadet des Artikels 33 Absatz 2 der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Die Rente ist in der bisherigen Höhe weiterzugewähren, wenn die neu festgestellte Rente niedriger wäre.

Artikel 40

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 41

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 42

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 43

(1) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

(2) Abschnitt II Kapitel 4 tritt ein Jahr nach dem Tage außer Kraft, an dem durch die Änderung von zwei anderen Abkommen über Soziale Sicherheit, welche die Bundesrepublik Deutschland mit dritten Staaten geschlossen hat, die Gewährung von Kindergeld nach diesen Abkommen rechtswirksam eingeschränkt worden ist. Ist an diesem Tage zwischen den Vertragsstaaten ein Abkommen zur Änderung des Abschnitts II Kapitel 4 bereits geschlossen worden, aber noch nicht in Kraft getreten, so tritt Abschnitt II Kapitel 4 erst mit dem Inkrafttreten des Änderungsabkommens außer Kraft, spätestens jedoch ein Jahr nach dem in Satz 1 bezeichneten Tage.

(3) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Belgrad, am zwölften Oktober eintausendneunhundertachtundsechzig, in vier Urschriften, je zwei in deutscher und serbo-kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Peter Blachstein

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
Anton Polajner

(3) Pravnosnažnost ranijih odluka ne predstavlja smetnju za primenu Sporazuma.

(4) Rente odredjene pre stupanja na snagu ovog Sporazuma, mogu se, vodeći računa o njemu, ponovo odrediti i po službenoj dužnosti. U tim slučajevima, nedirajući u član 33. stav 2, dan na koji je nosilac započeo postupak važi kao dan podnošenja zahteva prema pravnim propisima druge države ugovornice. Renta se plaća u dosadašnjoj visini ako bi novoodredjena renta bila manja.

Član 40

Priloženi završni protokol je sastavni deo ovog Sporazuma.

Član 41

Ovaj Sporazum važi i za Land Berlin, ukoliko vlada Savezne Republike Nemačke u roku od tri meseca od dana stupanja na snagu ovog Sporazuma vladi Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije ne da suprotnu izjavu.

Član 42

(1) Za Sporazum potrebna je ratifikacija; ratifikacioni instrumenti razmeniće se što je moguće pre u Bonu.

(2) Ovaj Sporazum stupa na snagu prvog dana drugog meseca po isteku meseca u kome su ratifikacioni instrumenti razmenjeni.

Član 43

(1) Sporazum se zaključuje na neodredjeno vreme. Svaka država ugovornica može ga otkazati u roku od tri meseca pre isteka kalendarske godine.

(2) Odeljak II glava 4. prestaje da važi godinu dana posle dana, kada je izmenom drugog sporazuma o socijalnom obezbedjenju, koje je Savezna Republika Nemačka zaključila sa trećim državama, pravnosnažno ograničeno davanje dodatka na decu prema tom sporazumu. Ako je do toga dana izmedju država ugovornica bio zaključen sporazum o izmeni odeljka II glave 4, ali još nije stupio na snagu, stupanjem na snagu tog sporazuma o izmeni prestaje da važi odeljak II glava 4, ali najkasnije godinu dana posle dana navedenog u prvoj recenici.

(3) U slučaju prestanka važnosti ovog Sporazuma usled otkaza, njegove odredbe će i dalje važiti za prava na davanje koja su dotle stečena; pravni propisi o isključenju nekog prava ili mirovanju ili oduzimanju davanja zbog boravka u inostranstvu, neće se primenjivati ta prava.

U POTVRDU ČEGA su opunomoćenici potpisali ovaj Sporazum i stavili svoje pečate.

RADJENO u Beogradu dana 12. oktobra 1968. god. u četiri originala, dva na nemačkom, a dva na srpskohrvatskom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako obavezan.

Za Saveznu Republiku Nemačku
Blachstein

Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju
Polajner

Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

   a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung gilt Abschnitt II Kapitel 3 des Abkommens nicht.

   b) Die in Absatz 1 Nummer 2 Buchstaben a bis c bezeichneten Rechtsvorschriften schließen auch diejenigen über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten ein.

   c) Das Abkommen bezieht sich nicht auf spätere deutsche Rechtsvorschriften über die Einbeziehung weiterer selbständig Erwerbstätiger in einen bestehenden Zweig der Rentenversicherung.

   d) Soweit nach den in Absatz 2 bezeichneten Regelungen über die Lastenverteilung die Zuordnung der Versicherungslast vom Aufenthalt der betreffenden Person an einem bestimmten Tage im Gebiet eines Vertragsstaates abhängt, verbleibt es auch bei späterer Verlegung des Aufenthalts in das Gebiet des anderen Vertragsstaates bei dieser Zuordnung.

2. Zu Artikel 3 des Abkommens:

   a) Die jugoslawischen Rechtsvorschriften, nach denen die Zahlung von Geldleistungen an Berechtigte im Ausland von der Erteilung einer besonderen Zustimmung abhängt, sind nicht auf deutsche Staatsangehörige anzuwenden, die sich außerhalb der Gebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten.

   b) Versicherungslastregelungen in Staatsverträgen bleiben unberührt.

   c) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

3. Zu Artikel 4 des Abkommens:

   a) Absatz 1 berührt nicht die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus

      — Unfällen (Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war,

      — Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind.

Završni Protokol uz Sporazum izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o socijalnom obezbedjenju

Prilikom potpisivanja Sporazuma o socijalnom obezbedjenju, zaključenog danas izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije opunomoćenici obeju država ugovornica izjavili su da postoji saglasnost u sledećem:

1. Uz član 2. Sporazuma:

   a) Odeljak II glava 3. Sporazuma ne važe za penzijsko osiguranje bratinskih blagajni koje postoje u Saveznoj Republici Nemačkoj.

   b) Pravni propisi navedeni u stavu 1. broj 2. slova a) do c) uključuju takodje i propise o obeštećenju za slučaj nesreće na poslu i profesionalnih oboljenja.

   c) Sporazum se ne odnosi na kasnije nemačke pravne propise o uključivanju novih pripadnika samostalnih delatnosti u postojeću granu rentnog osiguranja.

   d) Ukoliko prema propisima navedenim u stavu 2. koji se odnose na podelu tereta, raspodela tereta iz osiguranja zavisi od prebivanja dotičnog lica na odredjeni dan na području jedne države ugovornice, onda ta raspodela ostaje i pri kasnijem prenošenju boravka na područje druge države ugovornice.

2. Uz član 3. Sporazuma:

   a) Jugoslovenski pravni propisi, prema kojima isplaćivanje novčanih davanja nosiocima prava u inostranstvu zavisi od davanja naročite saglasnosti, neće se primenjivati na nemačke državljane, koji obično prebivaju izvan područja država ugovornica.

   b) Odredbe o snošenju tereta osiguranja u državnim ugovorima ostaju na snazi.

   c) Pravni propisi jedne države ugovornice, koji obezbedjuju učešće osiguranika i poslodavaca u organima samoupravljanja nosilaca i saveza kao i u pravosudju socijalnog obezbedjenja, ostaju na snazi.

3. Uz član 4. Sporazuma:

   a) Stav 1. ne dira u nemačke pravne propise o davanjima koja proizilaze iz

      — nesreće na poslu (profesionalnog oboljenja), u času kad povredjeni nije bio osiguran prema saveznom pravu,

      — vremena osiguranja, koja prema saveznom pravu nisu navršena,

b) Die jugoslawischen Vorschriften, nach denen die Zahlung von Geldleistungen an Berechtigte im Ausland von der Erteilung einer besonderen Zustimmung abhängt, sind nicht anzuwenden auf die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Personen, soweit diese nicht jugoslawische Staatsangehörige sind.

4. Zu Artikel 5 des Abkommens:

Bewirkt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Bezug einer Leistung Versicherungsfreiheit, so hat der Bezug einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates dieselbe Wirkung.

5. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tage des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tage.

6. Zu Artikel 17 des Abkommens:

a) Sind nach Absatz 1 die deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner anzuwenden, so behält der jugoslawische Träger der Pensionsversicherung von der Pension den Beitrag zu den Kosten für die Krankenversicherung zugunsten des Trägers ein, der die Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften festgestellt oder festzustellen hat.

b) Sind nach Absatz 4 die deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, dem der Versicherte zuletzt angehört hat. Wäre danach eine Allgemeine Ortskrankenkasse oder eine Landkrankenkasse oder kein Träger zuständig, so gehört die Person der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bad Godesberg an.

7. Zu Artikel 19 des Abkommens:

Wirkt sich nach den deutschen Rechtsvorschriften der Bezug einer Rente aus der Rentenversicherung auf die Höhe des Leistungsanspruchs aus der Unfallversicherung aus, so kommt dieselbe Wirkung dem Bezug einer gleichartigen Pension nach den jugoslawischen Rechtsvorschriften zu.

8. Zu Artikel 25 des Abkommens:

Besteht nach den jugoslawischen Rechtsvorschriften nur unter Berücksichtigung des Absatzes 1 Anspruch auf eine Pension, so gilt für deren Berechnung folgendes:

Der jugoslawische Träger berechnet zunächst die Pension, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zustünde, wenn alle Versicherungszeiten, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind, auch für die Berechnung der Pension zu berücksichtigende Versicherungszeiten nach den vom jugoslawischen Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften wären. Sodann berechnet der jugoslawische Träger den Teil dieser Pension, der dem Verhältnis entspricht, in dem die Versicherungszeiten, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigt worden sind, zur Summe aller Versicherungszeiten stehen, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten berücksichtigt worden sind.

9. Zu Artikel 26 des Abkommens:

Leistungen im Sinne des Absatzes 2 sind nicht diejenigen, die nach den in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 2 Buchstaben b und c des Abkommens bezeichneten Rechtsvorschriften gewährt werden.

b) Jugoslovenski propisi prema kojima je plaćanje davanja u novcu korisnicima u inostranstvo uslovljeno davanjem saglasnosti neće se primenjivati na lica navedena u članu 3. stav 1. Sporazuma, ukoliko se ne radi o jugoslovenskim državljanima.

4. Uz član 5. Sporazuma:

Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice primanje nekog davanja povlači oslobodjenje od osiguranja, primanje odgovarajućeg davanja po pravnim propisima druge države ugovornice ima isto dejstvo.

5. Uz član 9. Sporazuma:

Za lica koja su zaposlena na dan stupanja na snagu ovog Sporazuma, rok utvrdjen u stavu 2. počinje sa ovim danom.

6. Uz član 17. Sporazuma:

a) Ako prema stavu 1. treba da se primene nemački pravni propisi o osiguranju za slučaj bolesti uživalaca renti, jugoslovenski nosilac penzijskog osiguranja obustavlja od penzije doprinos za troškove osiguranja za slučaj bolesti u korist nosioca, koji je po nemačkim pravnim propisima rentu odredio ili će je odrediti.

b) Ako prema stavu 4. treba da se primene nemački pravni propisi o zdravstvenom osiguranju za slučaj bolesti uživalaca renti, nadležan je onaj nosilac osiguranja za slučaj bolesti kome je osiguranik u poslednji put pripadao. Ako bi u tom slučaju bila nadležna opšta mesna bolesnička blagajna ili pokrajinska bolesnička blagajna ili nijedan nosilac, lice pripada Opštoj mesnoj bolesničkoj blagajni Bad Godesberg.

7. Uz član 19. Sporazuma:

Ako po nemačkim pravnim propisima primanje rente iz rentnog osiguranja utiče na visinu davanja iz osiguranja za slučaj nesreće na poslu, isto dejstvo ima i na primanje istovrsne penzije po jugoslovenskim pravnim propisima.

8. Uz član 25. Sporazuma:

Kad prema jugoslovenskim pravnim propisima pravo na penziju postoji samo ako se uzme u obzir stav 1, za njeno izračunavanje važi sledeće:

Jugoslovenski nosilac obračunava prvo penziju koja bi pripadala po unutrašnjim pravnim propisima koje on treba da primeni kad bi sve vreme osiguranja, koje se po nemačkim pravnim propisima uzima u obzir za izračunavanje rente takodje bilo vreme osiguranja koje se uzima u obzir u smislu unutrašnjih pravnih propisa koje jugoslovenski nosilac primenjuje. Jugoslovenski nosilac zatim obračunava onaj deo penzije, koji odgovara srazmeri izmedju vremena osiguranja, uzetog u obzir po unutrašnjim pravnim propisima, prema zbiru vremena osiguranja uzetog u obzir po pravnim propisima obeju država ugovornica.

9. Uz član 26. Sporazuma:

Davanja u smislu stava 2. nisu ona koja se odobravaju prema pravnim propisima navedenim u članu 2. stav 1. broj 2) slovo b) i c) Sporazuma.

10. Zu Artikel 30 des Abkommens:

Sonstige Forderungen im Sinne des Absatzes 1 sind auch die in Artikel 35 Absatz 1 des Abkommens bezeichneten Ersatzansprüche.

11. Zu Artikel 43 des Abkommens:

Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, daß sie über die in Absatz 2 bezeichnete Anpassung des Abkommens so rechtzeitig verhandeln wollen, daß das Änderungsabkommen spätestens ein Jahr nach dem in Absatz 2 Satz 1 genannten Zeitpunkt in Kraft treten kann. Sollte die vorgesehene zusätzliche Frist von einem Jahr nicht ausreichen, so werden die Vertragsstaaten sicherstellen, daß für die unter dieses Abkommen fallenden Arbeitnehmer keine Unterbrechung in der Kindergeldzahlung eintritt.

12. a) Das Abkommen und der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung (im folgenden „Vertrag" genannt), soweit er Regelungen für die im folgenden Buchstaben b bezeichneten Tatbestände enthält, gelten nicht als Abkommen im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten; sie lassen diese Rechtsvorschriften unberührt.

b) Die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrages bezeichneten Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) und Versicherungszeiten gelten als in der jugoslawischen Sozialversicherung erfüllte Tatbestände im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten. Für die Berechnung der Leistungen werden sie so bewertet als wäre der Vertrag nicht geschlossen worden.

c) Hat eine in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrages genannte Person oder der Hinterbliebene diese Person nach dem 1. Januar 1956 aber vor dem Inkrafttreten des Abkommens den ständigen Wohnsitz im Gebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien aufgegeben, so gelten für sie und hinsichtlich ihrer im Vertrag bezeichneten Ansprüche und Anwartschaften die Buchstaben a und b mit Wirkung vom Tage der Wohnsitzaufgabe an, wenn die Person oder ihr Hinterbliebener am Tag der Antragstellung deutscher Staatsangehöriger ist.

13. Für die Anwendung des in Nummer 12 dieses Schlußprotokolls bezeichneten Vertrages vom 10. März 1956 gilt folgendes:

Eine Anwartschaft im Sinne des Artikels 1 des Vertrages ist nur in bezug auf den Versicherten gegeben.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Belgrad, am zwölften Oktober eintausendneunhundertachtundsechzig, in vier Urschriften, je zwei in deutscher und serbo-kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Peter Blachstein

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
Anton Polajner

10. Uz član 30. Sporazuma:

Ostala potraživanja u smislu stava 1. predstavljaju i prava na naknadu navedena u članu 35. stav 1. Sporazuma.

11. Uz član 43. Sporazuma:

Države ugovornice se slažu da će o prilagodjavanju Sporazuma blagovremeno povesti pregovore tako da bi sporazum o izmenama mogao stupiti na snagu najkasnije godinu dana posle termina navedenog u stavu 2. prva rečenica. U slučaju da dodatni rok od godinu dana ne bude dovoljan države ugovornice će obezbediti da za radnike koji ne potpadaju pod ovaj Sporazum, ne nastane prekid u plaćanju dodatka na decu.

12. a) Konvencija i Ugovor od 10. marta 1956. izmedju Savezne Republike Nemačke i Federativne Narodne Republike Jugoslavije o regulisanju izvesnih potraživanja iz socijalnog osiguranja (u daljem tekstu „Ugovor"), ukoliko Ugovor sadrži regulisanja za stanja navedena u sledećem slovu b), ne važe kao sporazumi u smislu nemačkih pravnih propisa o rentama za strance; oni ne diraju u te pravne propise.

b) Nesreće na poslu (profesionalna oboljenja) i vreme osiguranja navedeni u članu 1. stav 1. slovo b) ugovora, važe kao činjenična stanja nastala u jugoslovenskom socijalnom osiguranju u smislu nemačkih pravnih propisa o rentama za strance. Za obračunavanje davanja ona se tako ocenjuju kao da ugovor nije zaključen.

c) Ako je lice ili član porodice umrlog lica, navedeni u članu 1. stav 1. slovo b) ugovora, posle 1. januara 1956, ali pre stupanja na snagu ovog Sporazuma, napustilo stalno mesto stanovanja na području Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, onda za njih i u pogledu njihovih prava i očekivanih prava navedenih u ugovoru, važe slova a) i b) sa dejstvom od dana napuštanja mesta stanovanja, ako je lice ili član porodice takvog umrlog lica na dan podnošenja zahteva nemački državljanin.

13. Za primenu u tač. 12. ovog završnog protokola navedenog ugovora od 10. III 1956 važi sledeće:

Očekivano pravo u smislu člana 1. Ugovora utvrdjuje se samo prema osiguraniku.

U POTVRDU ČEGA su opunomoćenici potpisali ovaj Sporazum i stavili svoje pečate.

RADJENO u Beogradu dana 12. oktobra 1968. god. u četiri originala, dva na nemačkom, a dva na srpskohrvatskom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako obavezan.

Za Saveznu Republiku Nemačku
Blachstein

Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju
Polajner

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien ist gegenwärtig als zweiseitiger Vertrag über Soziale Sicherheit allein der

Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 168)

in Kraft.

Der Abschluß eines allgemeinen Abkommens über Soziale Sicherheit, zu dem sich die Vertragsparteien bereits in Artikel 4 des vorstehend genannten Vertrages verpflichtet hatten, erwies sich insbesondere in bezug auf die soziale Sicherstellung der im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens in Deutschland beschäftigten ca. 100 000 jugoslawischen Arbeitnehmer als notwendig.

II. Besonderes

Das Abkommen begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit.

Artikel 1 enthält die Erläuterung der in den nachfolgenden Bestimmungen wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Die verwendeten Begriffe sind nicht in allen Fällen inhaltsgleich mit denen des innerstaatlichen Rechts.

Artikel 2 legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest. Die Vorschrift erstreckt sich auch auf die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften. Bei Anwendung des Artikels 2 ist Ziffer 1 des Schlußprotokolls zum Abkommen zu beachten. Die hier zu a) getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß der bezeichnete Versicherungszweig nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen ist. Buchstabe b) berücksichtigt Besonderheiten des jugoslawischen Systems, das keinen selbständigen Versicherungszweig über die Entschädigung von Unfällen und Berufskrankheiten enthält, sondern diese Aufgabe den anderen Versicherungszweigen mit überträgt.

Der deutsche Vorbehalt in Buchstabe c) soll vermeiden, daß der deutsche Gesetzgeber durch völkerrechtliche Verpflichtungen in der Freiheit bei der künftigen Gestaltung des innerstaatlichen Rechts über Gebühr beschränkt wird.

Die Bestimmung in Buchstabe d) stellt sicher, daß Versicherungslastregelungen auch nach Inkrafttreten dieses Abkommens die ihnen zugedachte Eigenschaft als endgültige Lösungen beibehalten.

Artikel 3 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Vorschrift ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung bei Aufenthalt in dritten Staaten nur im Leistungsrecht vorgesehen.

Zu Artikel 3 enthält Ziffer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der uneingeschränkten Leistungsgewährung in dem anderen Vertragsstaat. Die Aufhebung der innerstaatlichen Beschränkungen der Rechte bei Auslandsaufenthalt ist unter Wahrung der Gegenseitigkeit nur in bezug auf die in Artikel 3 genannten Personengruppen gerechtfertigt. Für die Gleichstellung von Staatsangehörigen dritter Staaten fehlt es an einer entsprechenden Gegenleistung der dritten Staaten. Aus dieser Sicht ist Absatz 1 Satz 1 der Vorschrift zu verstehen. In Ziffer 3 des Schlußprotokolls sind ergänzende Bestimmungen enthalten.

Die Bestimmung in Artikel 5, die durch Ziffer 4 des Schlußprotokolls ergänzt wird, enthält die übliche Kollisionsnorm, die auch im Verhältnis zu Jugoslawien von dem räumlichen Anknüpfungspunkt des Beschäftigungsverhältnisses ausgeht. Die üblichen Ausnahmen sind in den Artikeln 6 und 7 enthalten.

Die Bestimmung in Artikel 9, die durch Ziffer 5 des Schlußprotokolls ergänzt wird, berücksichtigt die Besonderheiten des bei den amtlichen Vertretungen beschäftigten Personals. Diese Kollisionsnorm sieht in Absatz 1 als persönlichen Anknüpfungspunkt die Staatsangehörigkeit vor, weil die betreffenden Personen in der Regel ihre rechtlichen und tatsächlichen Beziehungen zu ihrem Heimatstaat aufrechterhalten. Sind dagegen die Bindungen zum Beschäftigungsstaat stärker, wie es häufig bei den sogenannten Ortskräften der Fall sein wird, sollen sich die betreffenden Personen für die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslandes entscheiden dürfen.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die nach Kollisionsnormen in den Artikeln 5 bis 9 mehr oder weniger schematisch vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Nach Artikel 11 sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben.

Die Artikel 12 bis 18 enthalten in Verbindung mit Ziffer 6 des Schlußprotokolls die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung,

die Artikel 19 bis 24 in Verbindung mit Ziffer 7 des Schlußprotokolls die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung

und die Artikel 25 bis 27 in Verbindung mit den Ziffern 8 und 9 des Schlußprotokolls die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Nach Artikel 28 Abs. 1 haben in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmer vorbehaltlich der Artikel 6 bis 10 für ihre in Jugoslawien wohnenden Kinder Anspruch auf Kindergeld, als wohnten die Kinder in Deutschland. Nach derselben Vorschrift haben in Jugoslawien beschäftigte Arbeitnehmer für ihre in Deutschland wohnenden Kinder Anspruch auf Kindergeld nach jugoslawischem Recht.

Absatz 2 bestimmt, welche Angehörigen als Kinder gelten. Dazu gehören abweichend von § 2 des Bundeskindergeldgesetzes nicht die Pflegekinder, Enkel und Geschwister des Berechtigten.

Nach Absatz 3 soll ein Anspruch auf Kindergeld (Absatz 1) nicht bestehen, wenn eine beschäftigte Person im anderen Vertragsstaat für das gleiche Kind Anspruch auf Kindergeld hat.

Absatz 4 vermeidet Doppelleistungen in Fällen, in denen ein Arbeitnehmer in einem Kalendermonat nacheinander den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unterliegt.

Absatz 5 hat für die Anwendung des jugoslawischen Rechts Bedeutung, wo die Gewährung von Kindergeld voraussetzt, daß Versicherungszeiten oder gleichgestellte Zeiten zurückgelegt worden sind.

Die Artikel 29 bis 38 in Verbindung mit Ziffer 10 des Schlußprotokolls enthalten die auch sonst üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Staaten mit der Durchführung der Abkommen betrauten Stellen.

Die Artikel 39 bis 43 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Nach Artikel 43 Abs. 2 treten die Bestimmungen über Kindergeld — vorbehaltlich der Regelung in Satz 2 dieser Vorschrift — ein Jahr nach dem Tage außer Kraft, an dem durch Änderung von zwei anderen von der Bundesrepublik Deutschland mit dritten Staaten geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit der Kindergeldanspruch der von diesen Abkommen betroffenen Personen eingeschränkt wird. Diese Vorschrift ist mit Rücksicht darauf aufgenommen worden, daß die Bundesregierung bestrebt ist, den Kindergeldanspruch ausländischer Arbeitnehmer für ihre in anderen Vertragsstaaten lebenden Kinder an die innerhalb der EWG bestehende Regelung anzupassen, wonach Kindergeld nur bis zur Höhe des Betrages gewährt wird, auf den nach dem Recht des Wohnlandes der Kinder Anspruch bestünde, wenn der Berechtigte dort beschäftigt wäre. Mindestens soll jedoch das halbe deutsche Kindergeld gezahlt werden.

Ziffer 11 des Schlußprotokolls sieht vor, daß rechtzeitig über den Abschluß einer neuen Kindergeldregelung verhandelt wird und keine Unterbrechung der Kindergeldzahlung der unter das Abkommen fallenden Arbeitnehmer eintritt.

Die Bestimmung in Ziffer 12 des Schlußprotokolls regelt das Verhältnis des Abkommens zum deutschen Fremdrentenrecht.

Die Bestimmung in Ziffer 13 des Schlußprotokolls dient der Klarstellung, indem sie Zweifel in bezug auf die Auslegung des deutsch-jugoslawischen Vertrages über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung vom 10. März 1956 beseitigt.